

**Rede
der stellv. Fraktionsvorsitzenden und Sprecherin für Bundes-
und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung**

Immacolata Glosemeyer, MdL

zu TOP Nr. 27

Erste Beratung

**45 Jahre Europawahlen und 75 Jahre Grundgesetz:
Feiern, verteidigen und stärken wir Demokratie,
Frieden und Freiheit**

Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU und der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/4270

während der Plenarsitzung vom 17.05.20224
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrter Herr Präsident!

Ich möchte mich erst mal beim Präsidium und bei der Präsidentin für diese doch sehr bewegende Feierstunde bedanken, der wir beiwohnen durften. Vielen Dank dafür!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, heute haben wir die besondere Gelegenheit, das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, unsere Verfassung, zu feiern. Mit Ablauf des 23. Mai 1949 und damit gerade erst vier Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs trat das Grundgesetz vor 75 Jahren in Kraft. Es legte den Grundstein für die Entwicklung unseres Landes zu einer stabilen Demokratie und freiheitlichen Gesellschaft. Das Grundgesetz führte uns aus der Zeit nationalsozialistischen Unrechts und bildete vom ersten Tag an das stabile Fundament für Demokratie, Freiheit und Gerechtigkeit.

Ich möchte mich vor allem bei den Müttern unserer Verfassung, die ich in den Fokus rücken möchte, bedanken. Denn sie haben als Mitglieder des Parlamentarischen Rates wesentlich zur Entstehung des Grundgesetzes und zu der verfassungsrechtlichen Gleichstellung von Frauen und Männern beigetragen. „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“ - so lautet der erste Satz von Artikel 3 Abs. 2 des Grundgesetzes. Ohne das Engagement der vier Frauen im Parlamentarischen Rat und der vielen Frauen, die sich in der Öffentlichkeit für die vollständige Gleichberechtigung stark gemacht haben, wäre es zu dieser Formulierung zur damaligen Zeit nicht gekommen. Aus diesem Artikel im Grundgesetz entstanden viele wegweisende Rechte für uns Frauen, für die ich den Frauen von damals sehr dankbar bin.

Für uns alle ist die Verfassung ein wertebasierter Kompass, der uns durch die Herausforderungen der Zeit leitet. Vor allem ist sie aber ein Versprechen dafür, dass sich die Gräueltaten der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft nie wiederholen. Nie wieder dürfen Terror, Diktatur und Krieg vom deutschen Boden ausgehen.

An dieser Stelle möchte ich einen Satz aus der Präambel des Grundgesetzes zitieren, der wenige Wochen vor der Wahl des Europäischen Parlaments ganz besondere Bedeutung hat: „von dem Willen beseelt, als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen“.

Das unterstreicht noch einmal, welche Weitsicht und Zuversicht die Mütter und Väter des Grundgesetzes besaßen. Denn nie wieder sollte Deutschland mit einem entfesselten Nationalsozialismus andere Länder unterdrücken und sich in Europa isolieren.

Das ist auch der Grund, warum es bereits in der Präambel um eine Einbindung Deutschlands in ein vereintes Europa geht. Entgegen häufiger Behauptungen sind Europa und das Grundgesetz ausdrücklich kein Widerspruch. Ganz im Gegenteil: Wer die Einbindung Europas aufzulösen versucht, der stellt sich damit ins Abseits unserer verfassungsrechtlichen Grundordnung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, für mich als Abgeordnete mit Migrationshintergrund hat das Grundgesetz einen ganz besonderen persönlichen Stellenwert. Dieses Grundgesetz ist die Basis des Zusammenlebens. Es ist auch die Basis des Zusammenlebens der vielen hier lebenden Menschen unterschiedlicher Nationalitäten aus der ganzen Welt, mit unterschiedlichen Religionen und Kulturen. Es hält unsere Gesellschaft zusammen und bietet Minderheiten entsprechenden Schutz. Gerade eine Verfassung muss sich daran messen lassen, wie sie mit Minderheiten umgeht. Deshalb bin ich sehr stolz auf unsere Verfassung und besonders auf Artikel 3, in dem es heißt: „Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.“

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dennoch gilt wie immer: Eine Demokratie funktioniert nicht ohne Demokratinnen und Demokraten, die sie mit Leben füllen. - Wir durften das heute hier verschiedentlich hören. - Sie benötigt auch die Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger. Wir alle sind dazu aufgerufen, ein Stück zum Gelingen der verfassungsgemäßen Ordnung beizutragen. Denn das Grundgesetz ist eine lebendige Verfassung.

An dieser Stelle möchte ich mich bei allen ehrenamtlichen im ganzen Land bedanken, die dazu beitragen, dass wir diesen Zusammenhalt hier haben und stärken können, und sich demokratisch einbringen. Vielen Dank.

Denn solange wir alle gemeinsam daran mitwirken, unsere Demokratie zu formen, solange wird auch diese Verfassung zeitgemäß sein und sich an neue Herausforderungen, denen wir uns unweigerlich werden stellen müssen, anpassen können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Demokratie will also gelernt und gelebt werden, und das zentrale Gut dabei ist das Wahlrecht. Mit heute sind es noch genau 22 Tage, bis über 6 Millionen Unionsbürgerinnen und -bürger in Niedersachsen erneut dazu aufgerufen sind, ihre Stimme für die Europawahl abzugeben. Unsere Kinder sind schon jetzt Europäerinnen und Europäer. Sie können frei reisen, wohnen und arbeiten, studieren, wo sie wollen. Auch deshalb ist es so wichtig, dass das Wahlalter auf 16 gesenkt wurde. Denn ihre Zukunft wird von den Entscheidungen im

Parlament besonders abhängen - so auch bei dem wichtigen Zukunftsthema Klimaschutz.

Eine in dieser Woche veröffentlichte Eurobarometer-Umfrage zeigt, dass etwas zwei Drittel der jungen Menschen in Deutschland bei den Europawahlen wählen gehen wollen. Das zeigt uns doch deutlich, dass diese jungen Menschen nicht an der Seitenlinie stehen wollen, sondern sie wollen konstruktiv daran mitwirken, dass Europa *ihr* Europa wird. Deshalb ist es auch richtig und wichtig, dass die Landesregierung intensiv auf Social Media und anderen Plattformen darauf aufmerksam macht, zur Wahl zu gehen, und zu informieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Europawahl am 9. Juni wird für die Europäische Union und ihre Bürgerinnen und Bürger von außerordentlicher Bedeutung sein. Es geht dabei nicht nur um unsere Zukunft.

Zurzeit erleben wir die Rückkehr imperialistischer Mächte. Wir sind von einem Krieg auf unserem Kontinent sowie der Gefahr einer Ausweitung bedroht, während unsere Demokratie unter Beschuss steht. Und gleichzeitig müssen wir uns den Herausforderungen der künstlichen Intelligenz, des Klimawandels und den daraus resultierenden Migrationsbewegungen sowie zunehmenden Ungleichheiten stellen. Die meisten Lösungen für unsere Sorgen und Hoffnung können wir nicht allein erreichen. Nur durch eine handlungsfähige Europäische Union können sie angegangen werden. Jeder sollte sich dieser Verantwortung bewusst sein.

Bitte stimmen Sie alle am 9. Juni demokratisch ab für ein Europäisches Parlament, das eine einzigartige Erfolgsgeschichte in Europa geschrieben hat, und setzen Sie ein Zeichen mit Ihrer Stimme!

Ich freue mich, dass wir diesen Antrag heute hier eingebracht haben - und zwar gemeinschaftlich.

Hoch lebe das Grundgesetz! Hoch lebe die Demokratie! Vive l'Europe!